

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/07/2018

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
am 12. November 2018, Rathaus, Sitzungszimmer 103

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 21:04 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Peter Egan

Stadtverordnete

Herr Claas-Christian Dähnhardt

Frau Nicole Johannsen

Herr Volkmar Kleinschmidt

ab 19:28 Uhr

Herr Markus Kubczigk

Herr Horst Marzi

Frau Franziska Mey

Herr Bernd Röper

Herr Wolfgang Schäfer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Burkhard Bertram

Herr Eckart Boege

ab 19:06 Uhr

Frau Margit Goldbeck

Herr Lasse Thieme

Sonstige, Gäste

Herr Feigl

SSC Hagen - bis 21:04 Uhr

Frau Voss

SSC Hagen - bis 21:04 Uhr

Frau Susanne Lohmann

bis 19:15 Uhr

Verwaltung

Frau Sabrina-Nadine Blossey

Berichterstatterin

Herr Dominic Demme

ZGW - bis Ende TOP 10

Herr Dr. Christoph Grützmaker

FBL I

Frau Anja Gust

Wirtschaftsförderin - ab 21:25 Uhr

Frau Ines Wilke

Protokollführerin

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05 vom 10.09.2018
7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06 vom 24.09.2018
8. Berichte/ Mitteilungen der Verwaltung
 - 8.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 8.1.1. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
 - 8.2. Sonstige Berichte/ Mitteilungen **- k e i n e -**
9. Anfragen, Anregungen, Hinweise **- k e i n e -**
10. Vorstellung des Energieberichtes 2017
11. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2019 **2018/141**
12. Anfrage zu den beschlossenen Investitionen in den Jahren 2016/2017/2018 **AF/2018/011**
13. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 **2018/106**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Anschließend verpflichtet der Vorsitzende das Bürgerliche Ausschussmitglied, Herrn Eckart Boege, durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses fest.

3. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es wurden keine Beschlüsse in nichtöffentlicher Sitzung, die den Finanzausschuss betreffen, gefasst.

4. Einwohnerfragestunde

Frau Birte Voss vom SSC Hagen erläutert den Anwesenden die derzeitige finanzielle Situation des Vereins. Die Tennissparte ist rückläufig und durch reguläre jährliche Erbbauzinsforderungen der Stadt, die 15% der Fixkosten ausmachen, ist die Kostendeckung möglicherweise künftig nicht mehr gewährleistet. Sie bittet im Namen des Vereins bei künftigen Beratungen im Ausschuss um Beachtung dieser Umstände.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Der Finanzausschuss stimmt der mit Einladung vom 01.November 2018 versandten Tagesordnung zu.

Der Finanzausschuss stimmt der Beratung der Tagesordnungspunkte 14 – 19 in nichtöffentlicher Sitzung nach Hinweis auf die überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls/ berechtigten Interessen Einzelner mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder gem. § 35 Abs. 2 GO in Verbindung mit § 46 Abs. 12 GO zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05 vom 10.09.2018

Frau Lohmann bittet um Änderung des Protokolls dahingehend, dass sie - anders als im Protokoll dargestellt - in der Sitzung am 10.09.2018 als Vertreterin für Herrn Marzi bis 19:45 Uhr anwesend war. Im Protokoll wurde sie als Vertreterin für Herrn Thieme bis 19:05 Uhr geführt. Dieser Umstand war nicht eindeutig erkennbar, da Frau Lohmann sich in der Anwesenheitsliste als Vertretung von Herrn Thieme eingetragen hatte. Herr Dähnhardt ergänzt, dass die Fraktion dies hätte deutlich machen müssen und dass Frau Lohmann auf der Liste versehentlich als Vertretung für Herrn Thieme unterschrieben hat.

Des Weiteren wurde Frau Lohmann im Protokoll als Bürgerliches Mitglied geführt, nicht als Stadtverordnete.

Die Verwaltung wird die Änderungen im Protokoll berücksichtigen und aufnehmen.

Weitere Einwände wurden nicht erhoben.

7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06 vom 24.09.2018

Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2018 vom 24.09.2018 bestehen nicht.

8. Berichte/ Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Berichte gem. § 45 c GO

8.1.1 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Die Berichterstatteerin erläutert die Entwicklung der Liquidität bis zum 15.12.2018 (vgl. **Anlage 1**). Derzeit weisen die städtischen Geschäftskonten einen Bestand von 15,63 Mio. EUR aus. Im November wird ein Anteil der Schlüsselzuweisungen und FAG von rd. 273.000 €, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von rd. 3,69 Mio.°EUR, der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer von rd. 600.000 € sowie Grund- und Gewerbesteureinzahlungen von rd. 8°Mio.°EUR erwartet. Insgesamt wird dann von einem Einnahmestand i. H v. rd. 28,51 Mio. EUR ausgegangen.

Auf der Ausgabeseite handelt es sich um einen Gesamtbetrag von rd. 3,46 Mio. EUR. Dabei handelt es sich um die bekannten Standard-Auszahlungen (Personalkosten, Sozialhilfe, Betriebsführungsentgelt BBG, Kita-Abschläge, Kreisumlage etc.). Im Saldo verbleiben somit 25,06 Mio. EUR.

Darüber hinaus wird berichtet, dass das Gewerbesteuer-Anordnungssoll 2018 derzeit bereits rd. 28,6 Mio. EUR von geplanten 26 Mio. EUR beträgt.

Seitens des Kreises Stormarn ist nunmehr die endgültige Festsetzung der Kreisumlage 2018 mit dem neuen Umlagesatz in Höhe von 31,25 % erfolgt. Hier ergibt sich für die Stadt eine Einsparung von rd. 868.000 EUR. Weiterhin ist die endgültige Festsetzung der Finanzausgleichsumlage 2018 erfolgt. Hier ergibt sich eine Einsparung von rd. 40.000 €.

8.2 Sonstige Berichte/ Mitteilungen - k e i n e -

9. Anfragen, Anregungen, Hinweise - k e i n e -

10. Vorstellung des Energieberichtes 2017

Herr Demme stellt anhand einer Präsentation den Energiebericht für das Jahr 2017 vor. Die Schwerpunkte der Präsentation sind:

- Ermittlung der Verbräuche und Flächenverteilung auf die städt. Liegenschaften
- Energieverteilung Wärme/ Strom
- Verteilung des Wasserverbrauchs
- Verbrauchsentwicklung und Kostenverteilung von Strom, Heizung und Wasser in den Jahren 2013 - 2017
- Möglichkeiten der Effizienzsteigerung
- Energiecontrolling
- Umgesetzte Maßnahmen in 2018
- geplante Maßnahmen bei den städtischen Liegenschaften

Frau Mey bittet um Auskunft, ob es ein Kennzahlensystem gibt, welches den interkommunalen Vergleich zulässt. Herr Demme berichtet, dass ein entsprechendes Diagramm unter der Verwendung von Kennzahlen Teil seines Energieberichtes ist.

Herr Egan fragt nach, ob die Legionellenfiltration im Schulzentrum Am Heimgarten umsetzbar wäre und ob es dafür Fördermittel geben könnte. Herr Demme erklärt, dass die Umsetzung nicht über das Förderprogramm abzudecken ist.

Herr Bertram bittet um Auskunft, in welchem Zeitraum die für die Projektumsetzung der vorgestellten Maßnahmen nötigen Kosten amortisiert sind und wann hierfür erneut Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten. Herr Demme erläutert, dass der Zeitraum bis zur Amortisation ca. 10 Jahre beträgt und dass erneute Mittel nach ca. 20 Jahren eingeworben werden müssten. Somit kann von einer Amortisationszeit von 10 Jahren ausgegangen werden.

Herr Dähnhardt bittet in Bezug auf die geplanten Maßnahmen um Auskunft, in welchen Bereichen es eventuell an Personalkapazität fehlt, um die Umsetzung entsprechend durchführen zu können. Herr Demme erläutert die derzeitige Auslastung des Fachdienstes IV.4 und die künftige Steigerung dieser durch die ebenfalls steigende Zahl der Maßnahmen.

Herr Schäfer bittet um Auskunft, ob und inwieweit es schon Erkenntnisse über die Auswirkungen der umgesetzten Maßnahmen für das Jahr 2018 gibt. Herr Demme berichtet, dass hierzu noch keine Daten vorliegen.

Herr Boege fragt nach, inwieweit künftig digitale Zähler, die fernauslesbar sind, verbaut werden können. Herr Demme würde die Ausstattung in den Liegenschaften grundsätzlich begrüßen, eine Umrüstung ist derzeit aber noch nicht in Planung. Aktuell werden die Zählerstände durch die Versorger abgelesen und der Stadt mit der jeweiligen Rechnung übermittelt.

Weitere Fragen ergeben sich nicht.

11. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2019

Die Berichterstatterin erläutert den Runderlass des Innenministeriums zur Haushaltskonsolidierung.

Herr Schäfer bittet um Erläuterung, ob zu Punkt 26 (Seite 11 der Anlage) aktuelle Planungen bestehen, die Entgelte für die Raumnutzung in städtischen Liegenschaften anzupassen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Überarbeitung der Entgelte für die Raumnutzung in städtischen Liege soll im Laufe des Jahres 2019 erfolgen.

Herr Dähnhardt bittet zu Punkt 2 (Seite 1 der Anlage) um Auskunft, in welcher Form weiterhin Handlungsbedarf besteht, den Empfehlungen des Innenministeriums bei einem defizitären Ergebnisplan gerecht zu werden. Frau Blossey berichtet, dass alle Maßnahmen, die aus Sicht der Verwaltung möglich wären, bereits geprüft wurden.

Weitere Anfragen diesbezüglich gab es nicht. Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

12. Anfrage zu den beschlossenen Investitionen in den Jahren 2016/2017/2018

Die Berichterstatteerin erläutert die als Anlage zur Einladung beigefügte tabellarische Aufstellung des aktuellen Standes der investiven Maßnahmen.

Auf Nachfrage von Herrn Dähnhardt erläutert Frau Blossey, dass es sich bei den dargestellten Maßnahmen ausschließlich um die im Rahmen der Haushaltsplanungen beschlossenen Projekte handelt.

Herr Marzi betont, dass es Projekte gibt, die nach erfolgtem Beschluss nicht umgesetzt werden konnten und somit aktuell nicht in der Liste aufgeführt wurden. Beispielhaft benennt er den geplanten Stadtpark. Somit wäre die Summe der Maßnahmen tatsächlich noch um ein vielfaches höher als derzeit angenommen.

Herr Egan ergänzt, dass die Tabelle in sich bereits ein großes Volumen von ca. 18,6 Mio. EUR umfasst, jedoch aktuell nur Aufträge in Höhe von ca. 6 Mio. EUR erteilt wurden. Somit stehen hier noch Maßnahmen mit einem Volumen von 11 bis 12 Mio. EUR an, die voraussichtlich in 2019 umgesetzt werden müssten.

Auf Nachfrage von Herrn Egan zum Sachstand des PSK 55100.0210000 (117.000 €), erklärt Frau Blossey, dass die Maßnahme „Herrichtung von Ausgleichsflächen im B-Plan 88 A sich derzeit in Vorbereitung befindet und voraussichtlich in 2019 abgeschlossen wird.

Auf Bitte von Herrn Röper sichert die Verwaltung zu, den Ausschussmitgliedern die Übersicht der investiven Maßnahmen per E-Mail als Excel-Datei zuzusenden.

Herr Röper und Herr Kleinschmidt betonen, wie wichtig eine Sensibilisierung bei Maßnahmen über mehrere Jahre ist. Es sollte stetig eine Überprüfung stattfinden und ein Vorherschleichen von Projekten über längere Zeit möglichst vermieden werden. Auch sollte weiterhin eine Prioritätenliste erarbeitet werden.

Herr Marzi ergänzt, dass seitens der Politik kontinuierlich neue Maßnahmen beschlossen werden, jedoch auf der anderen Seite der Stellenplan eingekürzt wird. Diese beiden Handlungen stehen nicht in Einklang miteinander und es sollte stets der Personalbedarf für die geforderten Maßnahmen berücksichtigt werden.

Herr Schäfer ergänzt, dass es wünschenswert sei, dass sich die Selbstverwaltung mit dieser Liste auseinandersetzt und Projekte priorisiert. Insbesondere vor dem Hintergrund des fehlenden Personals. Der Bürgermeister sollte in diesem Zusammenhang die Frage beantworten, wie der Fachdienst IV.4/ ZGW die Menge an bereits beschlossenen und ausstehenden Projekten mit dem derzeitigen Stellenanteil überhaupt umsetzen kann.

Herr Röper bittet um Auskunft, ob die in der Tabelle angegebenen Kosten für neue PC's zweimal angegeben wurden und ob dies ein Fehler sei oder tatsächlich so geplant.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Planungskosten für die PC's sind korrekt abgebildet.

Weitere Fragen oder Anregungen bestehen nicht.

13. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019

Die Berichterstatterin stellt den Anwesenden die 2. Änderungsliste vor und erläutert die wesentlichen Bestandteile den Finanzausschuss betreffend.

Herr Schäfer merkt an, das auffällt, dass die Einnahmeseite gesichert erscheint, die Ausgabeseite aber problembehaftet sei.

Herr Egan stimmt dem tendenziell zu, verweist aber auf den Stand der noch ausstehenden Investitionen. Es müsse eine Lösung gefunden werden, wie man diese Positionen verringert. Es gibt immer noch die nicht budgetierten Projekte, die nicht vergessen werden dürfen.

Herr Marzi ergänzt, dass die Abarbeitung von bisher nicht budgetierten Projekten eine Überlastung der Verwaltung sei.

Herr Egan sieht die Pflicht der Überwachung dieser Projekte bei der Politik.

Herr Schäfer verweist in Bezug auf die Priorisierung und Überwachung der Maßnahmen auf den Schulentwicklungsplan, der auch den Gebäudebestand sowie die ausstehenden Projekte beinhaltet. Ein derartiger Plan sollte ebenso für Baumaßnahmen in Tief- und Hochbau erarbeitet werden.

Herr Röper betont, dass er hier die Verantwortung für die Erstellung einer solchen Liste bei der Politik sieht.

Herr Bertram betont ebenfalls, dass eine Priorisierung wichtig sei, aber bei neuen Projekten die Kapazitäten der Verwaltung nicht unberücksichtigt bleiben sollten. Ebenso sieht er - genau wie Herr Röper - die Wichtigkeit der Betrachtung von Altprojekten, bei denen die Möglichkeit der Streichung diskutiert werden sollte.

Herr Thieme merkt an, dass die Fraktion der Grünen die Liste dahingehend geprüft hätte und dass seitens seiner Fraktion keine Möglichkeit der Streichung gesehen wird.

Herr Röper bittet um Auskunft, ob in diesem Zuge eine Haushaltssperre verhängt werden könnte. Frau Blossey erwidert, dass dies grundsätzlich möglich wäre.

Herr Egan verweist im Rahmen der Haushaltsdiskussion auf zwei Anträge der WAB, die er lediglich erläutern möchte.

AN/063/2018 „Reinigungskosten des neuen Gebäudes An der Strusbek“:

Hierzu hat die WAB bereits eine ausführliche Antwort des zuständigen Fachdienstes erhalten. Hier wird der Antrag seitens der WAB zunächst noch einmal überprüft.

AN/064/2018 „Infrastrukturzuwendung Land“:

Frau Blossey erläutert, dass die Verwaltung dem Antrag im Rahmen der 3. Änderungsliste folgen wird, da die Förderung für Infrastrukturmittel nunmehr in das Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich in S.-H. in § 22 Abs. 11 - 13 aufgenommen worden ist. Egan zieht daraufhin den Antrag zurück.

Herr Dähnhardt bittet um Auskunft, warum die Altersteilzeit- und Pensionsrückstellungen einen Anstieg erkennen lassen. Frau Blosssey erklärt, dass die Berechnung der Rückstellungen durch den Fachdienst I.2/ Personalmanagement erfolgt. Die maßgeblichen Werte werden durch die VAK übermittelt.

Herr Röper bittet um Auskunft, wie viel Quadratmeter Bürofläche jeweils An der Strusbek und im Rathaus zur Verfügung stehen. Herr Egan ergänzt, dass An der Strusbek künftig Büroflächen von ca. 2.000 m² zur Verfügung stehen werden. Die Verwaltung wird die Quadratmeterzahl des Rathauses schnellstmöglich per E-Mail nachreichen.

Weitere Fragen und Anregungen bezüglich der 2. Änderungsliste gab es nicht.

gez. Peter Egan
Vorsitzender

gez. Ines Wilke
Protokollführerin